

Sozialschutz in Europa

Gérard Abramovici

Statistik

kurz gefasst

BEVÖLKERUNG UND SOZIALE BEDINGUNGEN

THEMA 3 – 6/2004

Inhalt

Auch im Jahr 2001 anhaltende Zunahme der realen Ausgaben je Einwohner..... 2

Die Höhe der Sozialschutzausgaben ist je nach Land sehr unterschiedlich 2

Der größte Anteil an den Gesamtleistungen entfällt auf die Funktionen "Alter" und "Hinterbliebene"..... 3

Unterschiedliche Entwicklung der Sozialleistungen 4

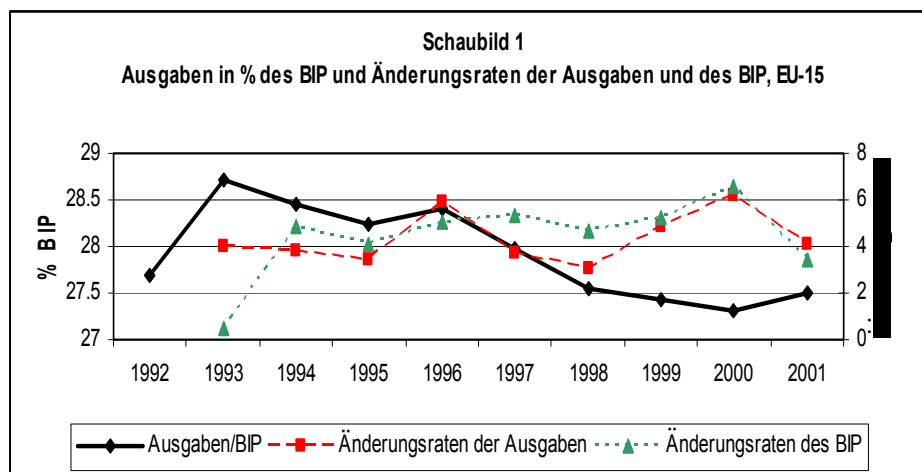
Sehr unterschiedliche Finanzierungsquellen für Sozialschutzleistungen in den einzelnen Ländern 6

Anstieg des Anteils der staatlichen Zuweisungen zu Lasten des Anteils der Sozialbeiträge..... 6

Die Ausgaben für den Sozialschutz verzeichneten auch im Jahr 2001 ein anhaltendes Wachstum und machten 27,5 % des BIP in der Europäischen Union aus. Obwohl sich dieser Anteil gegenüber dem Vorjahr erhöht hat, lag er noch über einen Prozentpunkt unter dem im Jahr 1993 erreichten Höchststand.

Den größten Anteil an den Sozialleistungen stellen weiterhin die Ausgaben für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Die Ausgaben für Leistungen aufgrund von Arbeitslosigkeit nehmen an Bedeutung ab.

Die Systeme zur Finanzierung des Sozialschutzes unterscheiden sich von Land zu Land erheblich: Es überwiegen entweder Sozialbeiträge oder staatliche Zuweisungen. In den letzten zehn Jahren hat der Anteil der staatlichen Zuweisungen an der Finanzierung des Sozialschutzes weiter zugenommen und der Anteil der Sozialbeiträge an der Finanzierung ist gesunken.



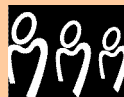
Der Rückgang des Anteils der Sozialschutzausgaben am BIP (Schaubild 1) kam im Jahr 2001 in EU-15 zum Stillstand (27,5 % gegenüber 27,3 % im Jahr 2000). Dennoch liegt dieser Anteil noch 1,2 Prozentpunkte unter dem Niveau von 1993, dem Jahr mit dem höchsten Wert.

Die Entwicklung dieser Relation verlief in jüngerer Zeit in EU-15 nicht gleichmäßig.

Die Zunahme verlief sehr steil bis zum Jahr 1993, als mit 28,8 % ein Spitzenwert erreicht wurde. Dies ist zum einen auf das nachlassende Wachstum des BIP und die anschließende Wirtschaftsrezession im Jahr 1993 in Europa und zum anderen auf die stärkere Zunahme der Sozialleistungen (insbesondere im Bereich der Arbeitslosigkeit) zurückzuführen.

Zwischen 1993 und 1996 pendelten sich die Ausgaben für den Sozialschutz im Verhältnis zum BIP auf einem Stand etwas unterhalb des Niveaus von 1993 ein. Diese Entwicklung ist zum Teil auf den Wiederanstieg des BIP zurückzuführen, aber auch auf ein schwächeres Wachstum der Ausgaben für den Sozialschutz (insbesondere durch den Rückgang der Leistungen bei Arbeitslosigkeit).

Seit 1996 nimmt der Anteil der Ausgaben für den Sozialschutz im Verhältnis



Manuskript abgeschlossen: 2.04.2004

ISSN 1024-4379

Katalognummer: KS-NK-04-006-DE-N

© Europäische Gemeinschaften, 2004

Tabelle 1: Sozialschutzausgaben (in % des BIP)						
	1992	1994	1996	1998	2000	2001
EU-15	27.7	28.5	28.4	27.5	27.3	27.5
EUR-12	27.2	28.0	28.2	27.4	27.2	27.4
BE	27.7	28.7	28.6	27.6	26.8	27.5
DK	30.3	32.8	31.4	30.2	29.2	29.5
DE	27.6	28.3	29.9	29.3	29.6	29.8
EL	21.2	22.1	22.9	24.2	26.3	27.2
ES	22.4	22.8	21.9	20.6	20.2	20.1
FR	29.3	30.5	31.0	30.5	29.8	30.0
IE	20.3	19.7	17.8	15.4	14.2	14.6
IT	26.2	26.0	24.8	25.0	25.2	25.6
LU	22.5	22.9	24.1	21.7	20.3	21.2
NL	31.9	31.7	30.1	28.4	27.4	27.6
AT	27.8	29.9	29.8	28.3	28.4	28.4
PT	18.4	21.3	21.2	22.1	23.0	23.9
FI	33.6	33.8	31.6	27.2	25.5	25.8
SE	37.1	36.7	33.9	32.2	30.7	31.3
UK	27.9	28.6	28.0	26.9	27.1	27.2
IS	18.2	18.4	18.8	18.9	19.8	20.1
NO	28.2	27.6	26.0	27.1	24.6	25.6
EEE	27.7	28.4	28.4	27.5	27.2	27.5
CH	23.3	25.2	26.9	28.0	28.8	28.9
HU	:	:	:	:	20.3	19.9
MT	:	:	:	18.9	17.9	18.3
SI	:	:	24.7	25.3	25.4	25.6
SK	:	:	19.8	20.2	19.5	19.1

zum BIP bis ins Jahr 2000 kontinuierlich ab (*Tabelle 1*). In EU-15 sinkt er in diesem Zeitraum um 2,1 Prozentpunkte.

Der Rückgang der Sozialschutzausgaben als Teil des BIP zwischen 1996 und 2000 war in Finnland mit -6,1 Punkten sowie in Luxemburg mit -3,8 Punkten am ausgeprägtesten. Hohe Abnahmen verzeichneten auch Irland, die Niederlande und Schweden. Es sei angemerkt, dass in Irland die starke Zunahme des BIP in diesem Zeitraum die Entwicklung dieses Anteils zum großen Teil erklärt. Während es im Zeitraum 1996-2000 nahezu überall zu einer Verringerung dieser Ausgaben kommt, verzeichnen einige Länder in jüngerer Zeit eine Zunahme. Bei diesen Ländern lag der Anteil der Ausgaben am BIP unter dem Durchschnittswert; dies trifft auf Griechenland und Portugal (+3,4 bzw. +1,8 Punkte) zu.

Im Jahr 2001 ergibt sich für die Sozialschutzausgaben ein geringfügig stärkeres Wachstum als beim BIP in EU-15, wodurch sich ihr Anteil auf 27,5 % erhöht (gegenüber 27,3 % im Jahr 2000). Diese Entwicklung ist in den meisten Ländern zu beobachten.

Auch im Jahr 2001 anhaltende Zunahme der realen Ausgaben je Einwohner

Die Sozialschutzausgaben je Einwohner in konstanten Preisen erhöhten sich im Zeitraum 1992-2001 in EU-15 im Durchschnitt um ca. 1,9 % pro Jahr (*Tabelle 2*). Obwohl die Ausgaben kontinuierlich gestiegen sind, ist in den Jahren 1994, 1995 und 1997 eine Abschwächung des Wachstums (nicht einmal 1 %) festzustellen. In der Eurozone (EUR-12) war der

Tabelle 2: Sozialschutzausgaben pro Kopf der Bevölkerung in konstanten Preisen * (Index 1992=100)						
	1994	1996	1998	2000	2001	Jährliche, reale Steigerungsrate in % (1992-2001)
EU-15	104.0	107.7	110.6	115.9	118.5	1.9
EUR-12	102.9	107.1	109.9	114.5	116.8	1.7
BE	106.5	109.0	111.1	113.5	116.2	1.7
DK	114.0	113.9	114.5	116.0	118.2	1.9
DE	102.6	110.6	111.5	115.6	116.7	1.7
EL	103.7	112.0	128.9	152.3	163.4	5.6
ES	101.8	104.2	107.1	113.0	116.0	1.7
FR	104.9	107.8	111.2	114.5	116.8	1.7
IE	107.9	114.9	125.8	138.5	151.1	4.7
IT	98.7	98.8	104.1	109.2	112.8	1.3
LU	111.3	120.3	126.1	136.9	143.3	4.1
NL	102.2	102.3	103.7	107.3	108.9	0.9
AT	109.0	112.3	111.9	118.1	118.7	1.9
PT	118.2	125.6	145.8	164.0	172.7	6.3
FI	102.0	104.6	102.9	103.0	105.2	0.6
SE	103.7	101.1	101.5	105.5	107.7	0.8
UK	108.4	112.3	116.6	126.2	130.0	3.0
IS	102.8	110.2	123.6	138.2	145.9	4.3
NO	103.0	109.3	119.0	131.3	137.6	3.6
EEE	103.9	107.7	110.7	116.1	118.8	1.9
CH	106.5	112.2	120.6	123.1	128.2	2.8

* Vgl. Berechnungsmethode auf Seite 7

Zuwachs im gleichen Zeitraum etwas geringer, allerdings verlief der Anstieg in den einzelnen Jahren nicht immer synchron mit EU-15.

Die Zunahme war in Portugal (6,3 % pro Jahr), in Griechenland (5,6 % jährlich), in Irland (4,7 % pro Jahr) und in Luxemburg (4,1 % pro Jahr) besonders auffällig. Einen starken Anstieg verzeichneten auch die nicht zur EU gehörenden Länder Island und Norwegen (rund 4 % pro Jahr). Dagegen stiegen in Finnland, den Niederlanden und in Schweden die realen Ausgaben je Einwohner in diesem Zeitraum um weniger als 1 % pro Jahr.

Im Jahr 2001 nahmen die Ausgaben (+2,1 %) ähnlich zu wie in den beiden Vorjahren. Im genannten Jahr, aber auch im gesamten Zeitraum verzeichneten Griechenland, Irland, Portugal, Island und Norwegen die höchsten Zuwachsraten. Die Zunahme der Ausgaben fiel in Österreich und in Deutschland am geringsten aus (unter 1 %).

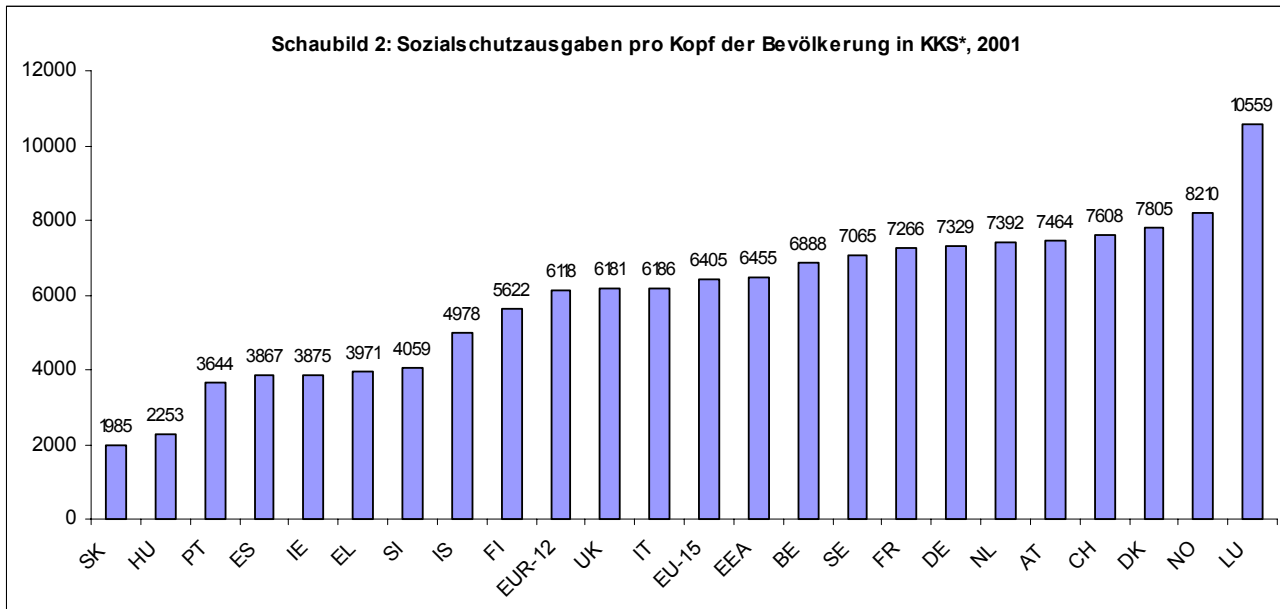
Die Höhe der Sozialschutzausgaben ist je nach Land sehr unterschiedlich

Hinter den durchschnittlichen Sozialschutzausgaben in EU-15 in Prozent des BIP (27,5 % im Jahr 2001) verbergen sich große Abweichungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten (*Tabelle 1*).

Schweden (31,3 %), Frankreich (30,0 %), Deutschland (29,8 %) und Dänemark (29,5 %) weisen den höchsten Anteil aus, Irland den geringsten (14,6 %).

Außerhalb von EU-15 verzeichnen Malta (18,3 %) und die Schweiz (28,9 %) die beiden Extremwerte.

Ausgedrückt in KKS (Kaufkraftstandard) je Einwohner



*Kaufkraftstandards (KKS): eine von Landeswahrungen unabhängige Einheit, die Verzerrungen aufgrund von Unterschieden im Preisniveau ausschaltet. Die KKS-Werte werden anhand von Kaufkraftparitäten (KKP) ermittelt, die als gewogener Durchschnitt der Preisrelationen eines homogenen Korbes von Waren und Dienstleistungen berechnet werden, der für alle Mitgliedstaaten vergleichbar und repräsentativ ist.

sind die Unterschiede noch ausgeprägter; außerdem ist die Rangfolge der Länder etwas anders (*Schaubild 2*).

Innerhalb von EU-15 gibt Luxemburg am meisten aus (10 559 KKS je Einwohner)¹, gefolgt von Dänemark (7 805 KKS je Einwohner). Portugal, Spanien, Irland und Griechenland zeichnen sich demgegenüber durch einen geringen Betrag aus: weniger als 4 000 KKS je Einwohner.

Das Verhältnis zwischen dem Land mit den höchsten und dem Land mit den niedrigsten Ausgaben innerhalb von EU-15 liegt somit für das Jahr 2001 bei 2,9 zu 1 (gegenüber 3,5 zu 1 im Jahr 1992). Außerhalb von EU-15 gibt Norwegen am meisten aus (über 8000 KKS), und zwar viermal so viel wie die Slowakei.

Die Disparitäten zwischen den Ländern sind zum Teil auf den unterschiedlichen Wohlstand zurückzuführen; sie spiegeln auch Unterschiede in den Sozialschutzsystemen, der demografischen Entwicklung, der Arbeitslosenquote und anderen sozialen, institutionellen und wirtschaftlichen Faktoren wider.

Der größte Anteil an den Gesamtleistungen entfällt auf die Funktionen "Alter" und "Hinterbliebene"

Im Jahr 2001 bilden die Leistungen im Zusammenhang mit Alter und Hinterbliebenen in den meisten Mitgliedstaaten den höchsten Ausgabenposten des Sozialschutzes: 46 % der Gesamtleistungen in EU-15

insgesamt oder 12,2 % des BIP (*Tabelle 4*).

Das gilt ganz besonders für Italien², wo über 60 % der Gesamtleistungen auf diese Funktionen entfallen. Dies ist unter anderem auf den hohen Anteil der Personen im Alter von 60 und mehr Jahren an der Gesamtbevölkerung zurückzuführen (24,3 % im Jahr 2001 gegenüber einem Durchschnittswert von 21,6 % in EU-15). Auch in Griechenland, Österreich und dem Vereinigten Königreich sowie in der Schweiz und in Malta fallen diese Leistungen stärker ins Gewicht als im europäischen Durchschnitt.

In Irland³ liegt der Anteil der Leistungen im Zusammenhang mit den Funktionen Alter und Hinterbliebene dagegen bei ca. 25 %. Das lässt sich zum Teil dadurch erklären, dass Irland von allen europäischen Ländern "die jüngste Bevölkerung" hat: 30,1 % der Iren waren 2001 unter 20 Jahre alt (gegenüber einem Durchschnitt von 23,1 % in EU-15) und kaum 15,1 % der Bevölkerung waren älter als 60 Jahre.

Auf die Funktion Krankheit/Gesundheitsversorgung entfallen knapp über 28 % der Gesamtleistungen. Ihr Umfang übertrifft in Irland sowie (außerhalb EU-15) in Island und Norwegen den der Funktionen Alter und Hinterbliebene. In Dänemark hingegen entfallen kaum mehr als 20 % der Gesamtleistungen auf diesen Bereich.

¹ Luxemburg stellt insofern einen Sonderfall dar, als ein Großteil der Leistungen Personen ausgezahlt wird, die außerhalb des Landes leben (hauptsächlich Altersbezüge und Familienzulagen). Unter Berücksichtigung dieser Besonderheit wird eine Berichtigung der Ausgaben auf ca. 9 500 KKS vorgenommen.

² In Italien fallen unter diese Funktionen auch Abgangsentschädigungen (TFR, "trattamento di fine rapporto"), die teilweise zur Funktion Arbeitslosigkeit gehören. Diese Leistungen machen rund 6 % der gesamten Sozialleistungen aus.

³ Irland: Die Daten für Systeme zur betrieblichen Altersversorgung für Arbeitnehmer des privaten Sektors, die nach dem Kapitaldeckungsverfahren arbeiten, liegen nicht vor.

Erste Schätzungen für das Jahr 2002

Acht Länder*, auf die im Jahr 2001 64 % der Sozialschutzausgaben in EU-15 entfielen, haben Schätzungen für das Jahr 2002 geliefert.

In diesen Ländern sind die Ausgaben für den Sozialschutz 2002 etwas schneller angestiegen als das BIP (*Tabelle 3*) und liegen bei 27.0 % des BIP (gegenüber 26,6 % im Jahr 2001). Den stärksten Anstieg verzeichneten Frankreich, Italien und die Niederlande.

Die Sozialleistungen in konstanten Preisen sind im Jahr 2002 um 2,8 % gestiegen (gegenüber + 2,3 % im Jahr 2001). Der Beitrag der einzelnen Funktionen zu diesem Anstieg ist unterschiedlich: Die Ausgaben für Arbeitslosigkeit haben bedingt durch eine Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation in Europa gegen Ende des Jahres 2001 und im Verlauf des Jahres 2002 stark zugenommen. So hat sich die Arbeitslosenquote in EU-15 von 7,2 % im dritten Quartal 2001 auf 7,8 % im vierten Quartal 2002 erhöht. Die Ausgaben für Krankheit verzeichnen eine starke Zunahme; damit setzte sich der seit 1998 beobachtete Trend fort. Bei den übrigen Funktionen ist ein gemäßigt Wachstum festzustellen. Die familienbezogenen Ausgaben nehmen am geringsten zu, bedingt durch die sinkende Bevölkerungszahl der unter 20-Jährigen in Europa.

Tabelle 3: Sozialschutzausgaben für 8 Länder der europäischen Union in den Jahren 2001 und 2002

	In % des BIP	Jährliche, reale Steigerungsrate pro Einwohner						
		Sozialschutzausgaben	Alter und Hinterbliebene	Krankheit / Gesundheitsversorgung	Invalidität	Familie / Kinder	Arbeitslosigkeit	Wohnen und Soziale Ausgrenzung
2001	26.6	2.3%	0.1%	6.7%	1.0%	1.5%	2.1%	0.9%
2002	27.0	2.8%	2.1%	4.3%	1.9%	1.1%	5.2%	1.9%

* Belgien, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Vereinigtes Königreich

Auf Leistungen im Zusammenhang mit der Funktion Invalidität/Gebrechen entfallen in Finnland und Luxemburg⁴ ca. 14 % der Gesamtleistungen, während der Durchschnitt in EU-15 bei 8 % liegt. Ebenfalls hoch liegt der Anteil dieser Art von Ausgaben in Dänemark und Schweden, wo über 30 % der Leistungen für Invalidität aus Sachleistungen bestehen. Außerhalb von EU-15 ist Norwegen das Land mit den höchsten Ausgaben für die Funktion Invalidität (16,5 % der Sozialleistungen insgesamt). Im Gegensatz dazu liegt dieser Anteil in Griechenland, Irland und Italien bei weniger als 6 %.

Auf die Funktion Familie/Kinder entfallen in EU-15 8 % der Gesamtleistungen. Die Ausgaben in Luxemburg, Dänemark, Irland und Finnland belaufen sich auf über 12 % der Gesamtleistungen. Dasselbe gilt für Island, Norwegen und Ungarn. In Spanien, Italien und den Niederlanden erreichen die Leistungen im Rahmen dieser Funktion dagegen nicht einmal 5 % der Sozialleistungen insgesamt.

Zu großen Abweichungen unter den Mitgliedstaaten kommt es bei der Höhe der Leistungen bei Arbeitslosigkeit: Gegenüber einem Durchschnittswert von 6,2 % der Gesamtleistungen in EU-15 liegt dieser Anteil in Ländern wie Belgien und Spanien bei etwa 12 %. Luxemburg, Italien, das Vereinigte Königreich und (außerhalb von EU-15) Island, Norwegen und die Schweiz geben hingegen weniger als 3 % dafür aus.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Höhe der Leistungen "Arbeitslosigkeit" nicht immer mit der Höhe der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Ländern korreliert. Es gibt nämlich große Unterschiede beim Versicherungsschutz und der Dauer und Höhe der Leistungen bei Arbeitslosigkeit: obwohl Finnland und Italien im Jahr 2001 eine vergleichbare Arbeitslosenquote (ca. 9 %) aufweisen, liegt der durchschnittliche Betrag von Arbeitslosengeld geteilt durch die Anzahl der Arbeitslosen in Finnland sechsfach höher als in Italien (4,4-fach, wenn man die Beträge in KKS vergleicht).

Die Struktur der Sozialleistungen bleibt auf längere Zeit recht stabil. Dennoch lassen sich für EU-15 insgesamt einige Entwicklungen zwischen 1992 und 2001 ausmachen. Der Anteil der Funktion "Alter/Hinterbliebene" hat im genannten Zeitraum gleichmäßig zugenommen (+ 2 Prozentpunkte). Der Anteil der Ausgaben für Krankheit ist im selben Zeitraum nach einem Rückgang wieder auf den Stand von 1992 angestiegen. Die Leistungen bei Arbeitslosigkeit gingen in 10 Jahren von 9 % auf 6,2 % der gesamten Leistungen zurück.

Unterschiedliche Entwicklung der Sozialleistungen

Die Sozialleistungen haben sich in den letzten zehn Jahren je nach Bereich unterschiedlich schnell entwickelt (*Tabelle 5*).

⁴ In Luxemburg wurde 1999 ein neuer Versicherungszweig, die Pflegeversicherung, eingeführt. Ihre Leistungen machen rund 3 % der gesamten Sozialleistungen aus. Dem ESSOSS-Handbuch 1996 zufolge sollte ein Großteil dieser Leistungen unter der Funktion Alter erfasst werden.

Tabelle 4: Sozialleistungen nach Funktionsgruppen, 2001 (in % der Gesamtleistungen)						
	Alter und Hinterblie- bene	Krankheit / Gesundheits- versorgung	Invaldität	Familie / Kinder	Arbeits- losigkeit	Wohnen und Soziale Ausgrenzung
EU-15	46.0	28.2	8.0	8.0	6.2	3.6
EUR-12	46.5	28.4	7.4	8.1	6.9	2.8
BE	43.7	25.0	9.0	8.9	11.7	1.6
DK	38.0	20.3	12.5	13.3	10.0	6.0
DE	42.4	28.8	7.7	10.4	8.2	2.5
EL	51.3	25.8	5.0	6.9	6.0	5.1
ES	45.3	30.0	7.6	2.6	12.9	1.7
FR	43.7	29.2	6.0	9.5	7.1	4.4
IR	24.8	43.4	5.2	12.5	8.3	5.8
IT	62.3	26.1	5.7	4.0	1.6	0.3
LU	39.4	25.4	14.2	16.8	2.5	1.6
NL	41.8	30.4	11.6	4.4	5.0	6.8
AT	49.5	24.7	8.1	10.6	5.0	2.1
PT	45.8	31.3	12.3	5.6	3.6	1.3
FI	36.6	24.5	13.7	12.1	9.8	3.3
SE	39.1	29.2	12.4	9.6	5.6	4.3
UK	46.5	28.1	9.4	6.8	2.9	6.3
IS	30.6	38.5	13.6	13.0	1.5	2.9
NO	30.5	34.5	16.5	12.8	2.6	3.1
EEE	45.7	28.3	8.2	8.1	6.1	3.5
CH	51.7	24.9	12.8	5.1	2.4	3.1
HU	42.6	27.5	10.1	12.9	3.4	3.5
MT	53.8	25.5	6.1	6.5	6.0	2.0
SI	45.5	31.4	8.7	8.9	3.7	1.8
SK	39.7	33.1	8.1	8.6	3.4	7.1

Tabelle 5: Sozialleistungen in konstanten Preisen in EU-15 * (Index 1992=100)					
	1994	1996	1998	2000	2001
Alter und Hinterbliebene	105.5	111.8	117.4	125.4	127.1
Krankheit / Gesundheitsversorgung	100.8	103.6	106.7	115.4	122.3
Invaldität	109.0	115.1	119.6	123.9	125.9
Familie / Kinder	104.2	116.2	121.0	124.9	126.5
Arbeitslosigkeit	104.2	98.3	90.6	86.2	86.3
Wohnen und Soziale Ausgrenzung	117.1	127.0	128.8	127.7	129.5
Leistungen insgesamt	104.6	109.4	112.8	119.0	122.1

* Vgl. Berechnungsmethode auf Seite 7

Die festgestellten Veränderungen sind sowohl auf die Entwicklung der Bedürfnisse als auch auf Änderungen der Gesetzgebung zum Sozialschutz zurückzuführen. Die Ausgaben in konstanten Preisen für die Funktionen Alter und Hinterbliebene haben zwischen 1992 und 2001 in EU-15 um 27,1 % (d. h. um 2,7 % jährlich) zugenommen. Am größten war der Zuwachs in Portugal (7,8 % jährlich) und Griechenland (5,7 % jährlich); in Griechenland war er besonders deutlich zwischen 1997 und 1998, als neue Sozialleistungen eingeführt wurden. Auch das Vereinigte Königreich verzeichnete mit 4,3 % im Jahresmittel eine starke Zunahme. Das war auch, außerhalb von EU-15, in Island und Norwegen der Fall (5,4 % bzw. 4,1 % jährlich). Dennoch lässt sich seit 2000 in EU-12 und im Jahr 2001 auf der Ebene von EU-15 generell ein langsames Wachstum feststellen (unter 2 % jährlich gegenüber 2,7 % im

Gesamtzeitraum). Die Zuwachsrate nahm besonders in Deutschland, Frankreich, Österreich und Schweden deutlich ab. Dagegen verzeichnet diese Art von Ausgaben in einigen Ländern eine raschere Zunahme: im Jahr 2000 in Spanien und im Vereinigten Königreich, im Jahr 2001 in Luxemburg und Finnland (sowie in Ungarn und Slowenien), in den Jahren 2000 und 2001 in Griechenland, Irland und Portugal (wie auch in Island und Norwegen).

Angesichts einer alternden Bevölkerung (der Prozentsatz der Altersgruppe ab 60 stieg von 20,2 % im Jahr 1992 auf 21,6 % im Jahr 2001 in EU-15) sind mehrere Länder dabei, eine Reform der Rentensysteme einzuführen, deren Auswirkungen nach und nach zu spüren sein dürften. Mit einer Zunahme um real 22,3 % zwischen 1992 und 2001 ergibt sich für die Funktion Krankheit/Gesundheitsversorgung eine niedrigere Wachstumsrate als bei den Ausgaben für die Funktionen Alter und Hinterbliebene.

Allerdings steigen seit 1998 in fast allen Ländern von EU-15 die Ausgaben für das Gesundheitswesen rascher als die Sozialleistungen insgesamt (durchschnittlich um 4,4 % gegenüber 2,5 % für die Gesamtleistungen), außer in Österreich (1,7 % gegenüber 2,3 %) und Portugal (6,6 % gegenüber 7 %).

Am kräftigsten war die Zunahme zwischen 1997 und 2001 in Irland (11,6 % jährlich), Griechenland (9,2 %) sowie in Schweden und im Vereinigten Königreich (im Durchschnitt rund 8 % jährlich).

Außerhalb von EU-15 war der Anstieg in Island und Norwegen ebenfalls sehr stark (+ 8,2 % bzw. + 8,5 % im Jahresdurchschnitt). Dies liegt unter anderem an dem Bestreben einiger Mitgliedstaaten, eine umfassende Gesundheitsversorgung aufzubauen. So werden etwa in Schweden ⁽⁵⁾ seit 1998 die medizinischen Kosten für Kinder auf kommunaler Ebene übernommen. Die Entwicklung dieser Ausgaben erklärt sich zum Teil durch die Alterung der Bevölkerung.

Die Ausgaben im Zusammenhang mit der Invaldität sind im Zeitraum 1992-2001 stetig gestiegen, und zwar in allen Ländern außer in Italien, den Niederlanden und Finnland, wo die Ausgaben real gesunken sind. Die beiden letztgenannten Länder, in denen der Anteil der Ausgaben für Invaldität an den gesamten Sozialleistungen 1992 mit am höchsten lag (über 15 %), haben die Bewilligungskriterien verschärft, um die Zahl von Invaliditätsrenten zu verringern.

In Irland (+ 7,6 % jährlich) und Luxemburg (+ 6,9 % pro Jahr) haben diese Kosten hingegen real sehr viel mehr zugelegt als in den anderen Ländern. Dasselbe gilt für Island (+ 9 % pro Jahr). Die Ausgaben für die Funktion Familie/Kinder sind zwischen 1992 und 2001 real um 26,5 % gestiegen. Das Wachstum war 1996 besonders stark; in diesem Jahr führte insbesondere Deutschland Reformen durch und weitete die Sozialleistungen für Familien aus.

⁽⁵⁾ Außerdem hat Schweden 1998 auch den Satz für Barleistungen bei Krankheit angehoben.

Luxemburg verzeichnet in diesem Zeitraum das größte Wachstum (+10,8 % jährlich in konstanten Preisen gegenüber einem EU-15-Durchschnitt von 2,6 % jährlich). Dies ist zum großen Teil auf eine Erhöhung der Familienbeihilfen in diesem Land zurückzuführen.

In Irland und in Portugal kam es durch die jüngsten Reformen von Mutterschafts- und Elternurlaub ebenfalls zu einem überdurchschnittlichen Kostenanstieg. In Schweden jedoch kam es zu einem realen Rückgang der familienspezifischen Ausgaben; in diesem Land war der Anteil der Ausgaben für diese Funktion 1992 mit am höchsten von allen. Für die Niederlande und Finnland lag das Wachstum der Ausgaben in diesem Zeitraum nahe bei null.

Die Ausgaben für die Funktion Arbeitslosigkeit sind zwischen 1992 und 2001 in EU-15 real um 13,7 % gesunken (dies entspricht einem Rückgang um 1,6 % im Jahresdurchschnitt). Dieser Rückgang ist zum einen auf eine allmähliche Verbesserung der Konjunktur und zum anderen auf Reformen des Systems der Arbeitslosenunterstützung in einigen Ländern zurückzuführen. So wurde die Auszahlungsdauer der Leistungen begrenzt und die Zugangsberechtigung für die Leistungen eingeschränkt.

Besonders deutlich gingen diese Ausgaben in Italien, den Niederlanden, Schweden und im Vereinigten Königreich zurück. Griechenland, das in diesem Zeitraum eine starke Zunahme der Ausgaben verzeichnete, sowie in geringerem Umfang Luxemburg, Österreich und Portugal weichen vom allgemeinen Trend zum Kostenrückgang ab.

Sehr unterschiedliche Finanzierungsquellen für Sozialschutzleistungen in den einzelnen Ländern

Die wichtigsten Finanzierungsquellen für den Sozialschutz in EU-15 sind im Jahr 2001 die Sozialbeiträge mit 60,5 % der Gesamteinnahmen und die aus Steuereinnahmen finanzierten staatlichen Zuweisungen (36,0 %). Die Sozialbeiträge gehen zum Teil zu Lasten der geschützten Personen (Arbeitnehmer, Selbstständige, Rentner und andere), zum Teil zu Lasten der Arbeitgeber (*Tabelle 6*).

Hinter dem europäischen Durchschnittswert verbergen sich bedeutende Unterschiede zwischen den Ländern hinsichtlich der Finanzierungsstruktur des Sozialschutzes. Der Finanzierungsanteil der Sozialbeiträge ist in Belgien, Spanien, Frankreich, den Niederlanden und in Deutschland mit über 65 % der Gesamteinnahmen besonders hoch. Dasselbe gilt für Malta, die Slowakei und Slowenien.

Dagegen finanzieren Dänemark und Irland (sowie Norwegen) ihr Sozialschutzsystem im Wesentlichen aus Steuern, deren relativer Anteil an den Gesamteinnahmen bei über 58 % liegt. Auch im Vereinigten Königreich, in Luxemburg und Schweden (sowie Island) basieren die Einnahmen größtenteils auf staatlichen Zuweisungen.

Diese Unterschiede ergeben sich aus der historischen Entwicklung und der institutionellen Logik der Sozialschutzsysteme. Sie werden allmählich geringer durch die zunehmende Finanzierung aus Steuern in den Ländern, in denen diese Art der Finanzierung bisher nur eine geringe Rolle spielte (wie beispielsweise in Frankreich und Portugal). Mit 3,4 % ist im Jahr 2001 der Anteil der sonstigen Einnahmen (Einkünfte aus Immobilienbesitz und sonstige Einkünfte) gering. In den Niederlanden und der Schweiz erreicht er jedoch durch den Umfang der betrieblichen Altersversorgung in diesen beiden Ländern einen Wert von knapp 17 %.

Anstieg des Anteils der staatlichen Zuweisungen zu Lasten des Anteils der Sozialbeiträge

Zwischen 1992 und 2001 ist der Anteil der staatlichen Zuweisungen an den Gesamteinnahmen generell in EU-15 um 4,6 Punkte gestiegen. Der Anteil der staatlichen Zuweisungen hat in Frankreich, Italien und in Portugal schneller zugenommen als im europäischen Durchschnitt; in Dänemark und den Niederlanden ist er hingegen durch den Anstieg der Sozialbeiträge stark zurückgegangen. Auch in Island kam es aus denselben Gründen zu einem erheblichen Rückgang der staatlichen Zuweisungen.

Der Anteil der staatlichen Zuweisungen erhöhte sich besonders stark zwischen 1997 und 1998 und dies wiederum vor allem in Frankreich und Italien. In Frankreich ist der Sprung besonders groß wegen der Ausweitung der als Steuereinnahme eingestuften "allgemeinen Sozialabgabe" ("contribution sociale généralisée"). Diese Steuer ersetzte großenteils die Krankenversicherungsbeiträge der geschützten Personen. In Italien wurden 1998 die Beiträge zum Gesundheitswesen abgeschafft und durch eine neue Einnahmequelle in Form einer Steuer (IRAP – Imposta Regionale sulle Attività Produttive, regionale Produktionssteuer) ersetzt, die nur von Erwerbstätigen an die Kommunen abgeführt werden muss.

Zwischen 1992 und 2001 ist der Anteil der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer in EU-15 um 2,3 Punkte zurückgegangen. Er sank in den meisten Ländern, wobei die Abnahme in Deutschland, Frankreich und Italien besonders groß war, was in den beiden letztgenannten Ländern auf rechtliche Änderungen zurückgeht. Dagegen stieg er besonders stark in den Niederlanden, Belgien und Schweden. Dasselbe gilt für Island. Auch der Anteil der Sozialbeiträge der geschützten Personen sank in EU-15 zwischen 1992 und 2001, und zwar von 23,4 % auf 21,7 %. Auch wenn in diesem Bereich ein allgemeiner Rückgang zu verzeichnen ist, hat in Dänemark der Anteil dieser Sozialbeiträge um über 16 Punkte zugenommen. Dort wurde nämlich 1994 zur Finanzierung der Bereiche Krankenversicherung, Arbeitslosigkeit und Berufsausbildung eine neue Abgabe unter der Bezeichnung "Arbeitsmarktbeitrag" eingeführt.

Tabelle 6: Einnahmen des Sozialschutzes nach Typ (in % den Gesamteinnahmen)

	Staatliche Zuweisungen		Sozialbeiträge						Sonstige Einnahmen	
			Insgesamt		Arbeitgeber		Versicherte (1)			
	1992	2001	1992	2001	1992	2001	1992	2001	1992	2001
EU-15	31.4	36.0	64.5	60.5	41.1	38.8	23.4	21.7	4.1	3.4
EUR-12	25.1	32.0	69.6	64.2	44.5	41.4	25.1	22.8	4.3	3.8
B	21.1	23.0	69.3	74.4	43.8	51.4	25.5	23.0	9.7	2.6
DK	82.0	62.6	11.6	30.4	7.0	9.3	4.7	21.1	6.4	7.0
D	27.2	32.6	70.2	65.2	41.9	37.4	28.3	27.8	2.6	2.2
EL	32.2	27.8	58.7	62.0	38.8	38.5	19.9	23.5	9.2	10.2
E	27.9	26.7	69.6	69.2	53.2	52.9	16.3	16.3	2.6	4.1
F	18.1	30.4	78.4	66.7	50.3	45.9	28.1	20.8	3.5	2.8
IRL	60.7	58.3	37.9	39.4	22.8	24.8	15.1	14.5	1.4	2.3
I	30.2	41.1	67.3	57.0	51.4	42.4	16.0	14.6	2.5	1.8
L	41.6	46.2	51.3	48.9	29.5	24.5	21.8	24.4	7.1	4.9
NL	22.4	16.3	61.9	66.9	20.2	31.6	41.7	35.3	15.7	16.8
A	35.0	34.1	63.8	64.7	38.1	37.5	25.6	27.2	1.2	1.2
P	26.9	37.8	57.2	54.4	39.4	36.4	17.8	18.0	15.9	7.8
FIN	44.6	42.8	47.1	50.3	36.7	38.8	10.4	11.6	8.3	6.9
S	50.8	45.1	40.6	52.5	38.6	43.4	2.0	9.1	8.6	2.3
UK	47.6	48.2	51.0	50.0	27.5	30.5	23.5	19.5	1.4	1.7
IS	60.1	45.5	39.9	46.0	31.9	38.0	8.0	8.0	0.0	8.5
NO	58.5	61.2	40.7	37.7	26.2	24.4	14.5	13.3	0.8	1.1
EEE	31.9	36.5	64.1	60.1	40.8	38.5	23.2	21.6	4.1	3.4
CH	20.0	21.2	61.4	61.9	31.2	29.8	30.2	32.1	18.6	16.9
HU	:	32.2	:	59.2	:	46.2	:	13.1	:	8.6
MT	:	27.0	:	70.6	:	48.7	:	21.9	:	2.4
SI	:	32.6	:	65.9	:	26.5	:	39.3	:	1.5
SK	:	28.3	:	65.6	:	47.0	:	18.6	:	6.1

(1) Arbeitnehmer, Selbständige, Rentner und sonstige Personen

➤ **WISSENSWERTES ZUR METHODIK**

Quelle: Eurostat-ESSOSS

Wissenswertes zur Methodik : Die Ausgaben und Einnahmen des Sozialschutzes wurden nach der Methodik des Europäischen Systems der Integrierten Sozialschutzstatistik "ESSOSS-Handbuch 1996" berechnet. Zu den Ausgaben zählen die eigentlichen Sozialleistungen, Verwaltungskosten und sonstige Ausgaben im Rahmen der Sozialschutzsysteme. Im "ESSOSS-Handbuch 1996" werden acht Funktionen des Sozialschutzes unterschieden: Krankheit/Gesundheitsversorgung, Invalidität, Alter, Hinterbliebene, Familie/Kinder, Arbeitslosigkeit, Wohnen sowie soziale Ausgrenzung, die keiner anderen Kategorie zugeordnet werden kann. Die Sozialleistungen werden ohne Abzug von Steuern oder anderen von den Empfängern zu leistenden Zwangsabgaben auf die Leistungen erfasst. "Steuerliche Leistungen" (Steuervergünstigungen für Haushalte im Rahmen des Sozialschutzes) sind in der Regel ausgeschlossen.

Berechnung der Indizes in den Tabellen 2 und 5 : Aufgrund der starken jährlichen Schwankungen der Wechselkurse zwischen dem ECU/EURO und den nationalen Währungen wurde in den Tabellen statt eines Index auf Basis des ECU/EURO ein anderer Index verwendet. Auf der Ebene der einzelnen Länder und von EUR-12 beziehen sich die Indizes auf die nationale Währung (EUR-12 der EURO). Die Indizes auf der Ebene EU-15 und EWR sind das Ergebnis eines gewogenen Mittelwertes der jährlichen Indizes der einzelnen Länder in der nationalen Währung. Die Ausgaben der Länder in ECU/EURO des Vorjahres dienen als Gewichtunggrundlage (zum Beispiel die Ausgaben 1992 für den gewogenen Index 1993/1992, die Ausgaben 1993 für den gewogenen Index 1994/1993 usw.).

Abkürzungen

Die Euro-Zone (EUR-12) umfasst Belgien (BE), Deutschland (DE), Griechenland (EL), Spanien (ES), Frankreich (FR), Irland (IE), Italien (IT), Luxemburg (LU), die Niederlande (NL), Österreich (AT), Portugal (PT) und Finnland (FI). Zur Europäischen Union (EU-15) gehören die Länder der Euro-Zone sowie Dänemark (DK), Schweden (SE) und das Vereinigte Königreich (UK). Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) umfasst die Länder der Europäischen Union sowie Island (IS), Norwegen (NO) und Liechtenstein. Für Liechtenstein liegen keine Angaben vor. CH = Schweiz, HU = Ungarn, MT = Malta, SK = Slowakei, SI = Slowenien.

Anmerkungen zu den Daten

Für den Zeitraum 1990-1992 liegen für Schweden keine Angaben über Leistungen und Einnahmen vor. Für diesen Zeitraum wurden daher die entsprechenden Werte für EU-15 und für den EWR im Jahr 1992 von Eurostat geschätzt. Irland und Portugal erfassen die Invaliditätsrenten von Empfängern, die das Ruhestandsalter erreicht haben, als Leistungen der Funktion "Invalidität" (anstelle der Funktion "Alter"). Die Zahlen für Spanien (für den Zeitraum 1992-1994), Schweden (1992) und die Schweiz sind noch nach der alten Methodik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ESVG79 berechnet; die Zahlen der anderen Länder werden nach dem ESVG95 berechnet. Bei den Daten für 2001 handelt es sich bei folgenden Ländern um vorläufige Daten: BE, DE, ES, FR, IE, IT, NL, PT, SE, UK, HU, SI und SK.

Eurostat-Veröffentlichungen zum Thema : Methodik: "ESSOSS-Handbuch 1996", 1996. Daten: "Europäische Sozialstatistik: Sozialschutz 1992-2001"

Weitere Informationsquellen:

➤ Veröffentlichungen

Titel Europäische Sozialstatistik – Sozialschutz 1992 - 2001
(in Vorbereitung)

➤ Datenbanken

NewCronos, Thema 3, Bereich: sespros

Wenn Sie weitere Auskünfte wünschen oder an unseren Veröffentlichungen, Datenbanken oder Auszügen daraus interessiert sind, wenden Sie sich bitte an einen unserer **Data Shops**:

DANMARK	DEUTSCHLAND	ESPAÑA	FRANCE	ITALIA – Roma
DANMARKS STATISTIK Bibliotek og Information Eurostat Data Shop Sejrogade 11 DK-2100 KØBENHAVN Ø Tlf. (45) 39 17 30 30 Fax (45) 39 17 30 03 E-mail: bib@dstd.dk URL: http://www.dstd.dk/bibliotek	Statistisches Bundesamt Eurostat Data Shop Berlin Otto-Braun-Straße 70-72 (Eingang: Karl-Marx-Allee) D-10178 Berlin Tel. (49) 1888-644 94 27/28 (49) 611 75 94 27 Fax (49) 1888-644 94 30 E-Mail: datashop@destatis.de URL: http://www.eu-datashop.de/	INE Eurostat Data Shop Paseo de la Castellana, 183 Despacho 011B Entrada por Estébanez Caldeón E-28046 MADRID Tel. (34) 915 839 167/ 915 839 500 Fax (34) 915 830 357 E-mail: datashop.eurostat@ine.es URL: http://www.ine.es/produser/datashop/index.html Member of the MIDAS Net	INSEE Info Service Eurostat Data Shop 195, rue de Bercy Tour Gamma A F-75582 PARIS CEDEX 12 Tél. (33) 1 53 17 88 44 Fax (33) 1 53 17 88 22 E-mail: datashop@insee.fr Member of the MIDAS Net	ISTAT Centro di informazione statistica Sede di Roma Eurostat Data Shop Via Cesare Balbo, 11a I-00184 Roma Tel. (39) 06 46 73 32 28 Fax (39) 06 46 73 31 01/ 07 E-mail: datashop@istat.it URL: http://www.istat.it/Prodotti-e/ Allegati/Eurostatdatashop.html Member of the MIDAS Net
ITALIA – Milano	NEDERLAND	PORTUGAL	SUOMI/FINLAND	SVERIGE
ISTAT Ufficio Regionale per la Lombardia Eurostat Data Shop Via Fieno 3 I-20123 MILANO Tel. (39) 02 80 61 32 460 Fax (39) 02 80 61 32 304 E-mail: mileuro@tin.it URL: http://www.istat.it/Prodotti-e/ Allegati/Eurostatdatashop.html Member of the MIDAS Net	Centraal Bureau voor de Statistiek Eurostat Data Shop - Voorburg Postbus 4000 NL-2270 JM VOORBURG Nederland Tel. (31) 70 337 49 00 Fax (31) 70 337 59 84 E-mail: datashop@cbs.nl URL: www.cbs.nl/eurodatashop	Eurostat Data Shop Lisboa INE/Serviço de Difusão Av. António José de Almeida, 2 P-1000-043 LISBOA Tel. (351) 21 842 61 00 Fax (351) 21 842 63 64 E-mail: data.shop@ine.pt	Statitics Finland Eurostat Data Shop Helsinki Tilastokirjasto PL 2B FIN-00022 Tilastokeskus Työpajakatu 13 B, 2.Kerros, Helsinki P. (358) 9 17 34 22 21 F. (358) 9 17 34 22 79 Sähköposti: datashop@stat.fi URL: http://www.tilastokeskus.fi/tk/kk/datashop/	Statistics Sweden Information service Eurostat Data Shop Karlavägen 100 - Box 24 300 S-104 51 STOCKHOLM Tfn (46) 8 50 69 48 01 Fax (46) 8 50 69 48 99 E-post: infoservice@scb.se URL: http://www.scb.se/templates/Standard_22884.asp
UNITED KINGDOM	NORGE	SCHWEIZ/SUISSE/SVIZZERA	UNITED STATES OF AMERICA	
Eurostat Data Shop Office for National Statistics Room 1.015 Cardiff Road Newport South Wales NP10 8XG United Kingdom Tel. (44) 1633 81 33 69 Fax (44) 1633 81 33 33 E-mail: eurostat.datashop@ons.gov.uk	Statistics Norway Library and Information Centre Eurostat Data Shop Kongens gate 6 Boks 8131 Dep. N-0033 OSLO Tel. (47) 21 09 46 42 / 43 Fax (47) 21 09 45 04 E-mail: Datashop@ssb.no URL: http://www.ssb.no/bibliotek/datashop/	Statistisches Amt des Kantons Zürich Eurostat Data Shop Bleicherweg 5 CH-8090 Zürich Tel. (41) 1 225 12 12 Fax (41) 1 225 12 99 E-mail: datashop@statistik.zh.ch URL: http://www.statistik.zh.ch	Harver Analytics Eurostat Data Shop 60 East 42nd Street Suite 3310 NEW YORK, NY 10165 USA Tel. (1) 212 986 93 00 Fax (1) 212 986 69 81 E-mail: eurodata@haver.com URL: http://www.haver.com/	

Media Support Eurostat (nur für Journalisten):

Bech Gebäude Büro A4/017 • L-2920 Luxembourg • Tel. (352) 4301 33408 • Fax (352) 4301 35349 • e-mail: eurostat-mediasupport@cec.eu.int

Auskünfte zur Methodik:

Gérard ABRAMOVICI, Eurostat / D2, L-2920 Luxembourg, Tel. (352) 4301 33824, Fax (352) 4301 35979,

E-mail: Gerard.Abramovici@cec.eu.int

Datenbank : Carlo CADOLINO Layout: Suky KIELKOPF

ORIGINAL: Französisch

Unsere Internet-Adresse: www.europa.eu.int/comm/eurostat/ Dort finden Sie weitere Informationen.

Ein Verzeichnis unserer Verkaufsstellen in der ganzen Welt erhalten Sie beim **Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften**

2 rue Mercier – L-2985 Luxembourg
Tel. (352) 2929 42118 Fax (352) 2929 42709
URL: http://publications.eu.int
E-mail: info-info-opoce@cec.eu.int

BELGIQUE/BELGIË – DANMARK – DEUTSCHLAND – GREECE/ELLADA – ESPAÑA – FRANCE – IRELAND – ITALIA – LUXEMBOURG – NEDERLAND – ÖSTERREICH
PORTUGAL – SUOMI/FINLAND – SVERIGE – UNITED KINGDOM – ISLAND – NORGE – SCHWEIZ/SUISSE/SVIZZERA – BALGARJIA – CESKÁ REPUBLIKA – CYPRUS
EESTI – HRVATSKA – MAGYARORSZÁG – MALTA – POLSKA – ROMÂNIA – RUSSIA – SLOVAKIA – SLOVENIA – TÜRKIYE – AUSTRALIA – CANADA – EGYPT – INDIA
ISRAËL – JAPAN – MALAYSIA – PHILIPPINES – SOUTH KOREA – THAILAND – UNITED STATES OF AMERICA

Bestellschein

Ich möchte „Statistik kurz gefasst“ abonnieren (vom 1.1.2004 bis 31.12.2004):
(Anschriften der Data Shops und Verkaufsstellen siehe oben)

Alle 9 Themenkreise (etwa 200 Ausgaben)

Papier: 240 EUR

Gewünschte Sprache: DE EN FR

Statistik kurz gefasst kann von der Eurostat Web-Seite kostenlos als pdf-Datei heruntergeladen werden. Sie müssen sich lediglich dort eintragen.
Für andere Lösungen wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop.

Bitte schicken Sie mir ein Gratisexemplar des „Eurostat Minikatalogs“ (er enthält eine Auswahl der Produkte und Dienste von Eurostat)
Gewünschte Sprache: DE EN FR

Ich möchte das Gratisabonnement von „Statistische Referenzen“ (Kurzinformationen zu den Produkten und Diensten von Eurostat)
Gewünschte Sprache: DE EN FR

Herr Frau

(bitte in Großbuchstaben)

Name: _____ Vorname: _____

Firma: _____ Abteilung: _____

Funktion: _____

Adresse: _____

PLZ: _____ Stadt: _____

Land: _____

Tel.: _____ Fax: _____

E-mail: _____

Zahlung nach Erhalt der Rechnung vorzugsweise:

durch Banküberweisung

Visa Eurocard

Karten-Nr.: _____ gültig bis: ____/____/____

Ihre MwSt.-Nr. f.d. innergemeinschaftlichen Handel:

Fehlt diese Angabe, wird die MwSt. berechnet. Eine Rückerstattung ist nicht möglich.